

Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)

Postfach 3161 , 5430 Wettingen , Telefon 079 773 34 50 , PC-Konto: 60-528878-0
info@monetative.ch / www.monetative.ch

Geldreform oder Geld- und Finanzmarktreform?

Dieses Schreiben ist eine Zusammenfassung von Einzelvoten die am 24.8.2011 an einer Diskussionsrunde in Zürich vorgebracht wurden. Die im Titel gestellte Frage wird nicht beantwortet, aber es wird herausgearbeitet, wo die Uneinigkeit liegt.

Beide Positionen sind sich einig, dass das Geldwesen staatlich reguliert sein muss. Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen, unter denen der Finanzmarkt keine oder zumindest weniger ökonomisch, sozial und ökologisch problematische Folgen hat. Uneinigkeit herrscht über die dazu notwendigen Regelungen, insbesondere darüber, wie und ob der Staat steuernd in den Finanzmarkt eingreifen soll. Unbestritten ist, dass dem Parlament und der Nationalbank die Kompetenzen eingeräumt werden müssen, die notwendig sind, um Umgehungen des Geldmonopols zu verhindern.

Es ist möglich, dass die Geldreform zu einer Knappheit an Anlagegeldern führt. Die erste Position glaubt, dass dieses Problem durch Geldmengenpolitik gelöst werden kann. Die zweite Position ist davon überzeugt, dass die Nationalbank die Möglichkeit haben muss, ihre Kreditvergabe an Banken an Bedingungen zu knüpfen und situationsabhängig steuernd eingreifen zu können. Dazu gehört auch die Auffangverantwortung des Staates die als ultima ratio vorsieht, dass der Staat selber Kredite vergibt. Damit ist nicht gemeint, dass etwa die Nationalbank im Einzelfall entscheiden soll, ob ein Kredit gesprochen wird, sondern dass die Nationalbank z.B. die Kantonalbanken beauftragt Kredite zu sprechen für die sie eine Garantie gibt.

Die erste Position trennt das Geldwesen, welches in der Verantwortung des Staates liegt, strikt vom Finanzmarkt, für den liberale, individualistische, marktwirtschaftliche Regeln gelten. Die zweite Position will eine Staatsverantwortung für die gesellschaftlich notwendige Leistungserbringung (service public). Zu den gesellschaftlich notwendigen Leistungen gehört mehr als die blosse Geldversorgung. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die nicht nur liberale Regeln sondern auch steuernde Elemente enthalten.

Freiheit gibt es nur auf der Grundlage von Ordnung. Es bestehen unterschiedliche Einschätzungen davon, wie viel gesellschaftliche Ordnung es braucht, damit die individuelle Freiheit ohne Kollateralschaden ausgeschöpft werden kann.

Neben diesen grundsätzlichen Uneinigkeiten besteht auch keine Einigkeit über die geeignete Kommunikationsweise. Anhänger der ersten Position setzen sich dafür ein, möglichst viel der bisherigen Terminologie beizubehalten und fürchten, dass Schlagworte wie ‚Paradigmenwechsel‘, ‚Monetative‘ oder ‚Finanzmarkt als Service Public‘ einen Anti-Links-Reflex provozieren und Raum für Schreckensszenarien lassen, weil sie ungenügend durchdacht und dokumentiert seien. Zudem raten sie davon ab, Themenfelder wie die Finanzmarktregulierungen zu berühren, in denen grösstenteils internationale Regelungen gelten. Stattdessen raten sie dazu, sich auf Gebiete zu beschränken, die eindeutig in der Kompetenz des Nationalstaats liegen, namentlich auf die staatliche Währung. Anhänger der zweiten Position fürchten, dass die Geldreform für sich genommen zu technisch ist um viel Interesse zu wecken und auf viele Probleme, die die Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Finanzmarkt beschäftigen, keine Antwort hat.

Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)

Postfach 3161 , 5430 Wettingen , Telefon 079 773 34 50 , PC-Konto: 60-528878-0
info@monetative.ch / www.monetative.ch

Position 1: Die Kontrolle der Geldschöpfung ist das Hauptproblem

Es muss ein Mittelweg gefunden werden zwischen der heutigen Situation, in der die Banken die Geldmenge beliebig ausweiten können, und einer Rückkehr zum Goldstandard, wo die Geldmenge starr festgelegt ist. (Anmerkung: Damit ist nicht ein Mittelweg zwischen staatlicher und privater Geldschöpfung gemeint, sondern ein Mittelweg zwischen übermässiger Geldschöpfung und schrumpfender Geldmenge. Geldschöpfung in relevantem Ausmass ist erst möglich, wenn ein staatliches Geldmonopol existiert – und sei es ein unvollständiges.) Wir suchen eine Mittellösung, bei der die Zentralbank den öffentlichen Auftrag erhält, die Geldmengenausweitung zu regeln und auch die Möglichkeiten, diesen Auftrag umzusetzen. Dabei soll die Zentralbank auch darauf achten, dass keine Spekulationsblasen entstehen und die Ausbeutung der Natur nicht ausufert. Der heute bestehende öffentliche Auftrag der Nationalbank muss erweitert werden. Dabei ist es wichtig, dass die Nationalbank nicht nur die Möglichkeit zur Geldmengensteuerung erhält, sondern auch einen Auftrag, der ihr Leitlinien vorgibt, wie sie diese Möglichkeit nutzen soll.

Gäbe es kein staatliches Geldmonopol und würden die Banken eigene Währungen herausgeben, so müssten sie selber für deren Wert garantieren. Die Banken könnten mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Eigenkapital aber nur einen Bruchteil der Geldmenge garantieren, so dass diese radikal zusammenschrumpfen würde. Die Möglichkeit zur Geldschöpfung – auch zur übermässigen Geldschöpfung der Geschäftsbanken - entsteht erst durch das staatliche Geldmonopol. Der Staat schafft die Möglichkeit zur Geldschöpfung und es ist seine Pflicht, diese so auszugestalten, dass sie keine destruktiven Formen annimmt.

Der Geldmarkt ist also schon staatlich. Müssten die Banken ohne jegliche Staatsgarantie Geld schöpfen, das zum Beispiel in Gold einlösbar wäre, so gäbe es vielleicht ein Prozent der heutigen Geldmenge. Das Vertrauen gegenüber den Bankenwährungen wäre aufgrund des grossen Risikos gering und die Banken müssten sehr vorsichtig vorgehen um dieses Vertrauen zu gewinnen.

Der Staat und die Gesellschaft haben von der enormen Ausweitung der Geldmenge profitiert, denn diese hat zu einem davor unerreichten Wachstum und damit zur Schaffung grossen Reichtums geführt. Inzwischen ist klar, dass dieses Wachstum übermässig war und sowohl ökonomische wie auch ökologische Probleme verursacht hat. Der Staat ist schuld an dieser Entwicklung, insofern er sie zugelassen oder sogar befördert hat. Nun, da die langfristigen negativen Folgen sichtbar sind, müssen die bisherigen Regulierungen angepasst werden. Die Frage Markt gegen Staat stellt sich nicht, denn der Staat ist schon involviert und muss involviert sein.

Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)

Postfach 3161 , 5430 Wettingen , Telefon 079 773 34 50 , PC-Konto: 60-528878-0
info@monetative.ch / www.monetative.ch

Position 2: Finanzmarkt als Service Public

Wir sind an einem Wendepunkt in der Debatte über die Beziehung von Markt und Staat. Die ideologische Überzeugung bestand darin, dass die Finanzmärkte die Staaten disziplinieren werden, wodurch diese zu Sparsamkeit und Investitionen in die Standortqualität veranlasst werden. Diese Ideologie wurde von der Realität widerlegt. Die Kontrolle der Finanzmärkte über die Politik war nicht die Lösung, sondern eine zentrale Ursache des Problems. In diesem Zusammenhang müssen wir aufzeigen, dass das Geldsystem eine der wesentlichen Quellen der Macht des Finanzsektors ist.

Die Geldschöpfung der Banken ist nicht die Quelle des Problems sondern ein Phänomen eines grundsätzlicheren Problems. Das zugrundeliegende Problem liegt darin, dass das Geldsystem als Teil eines Marktes angesehen wird. Der Finanzmarkt soll funktionieren wie andere Märkte. Die Wirtschaftsfreiheit im Finanzsektor ermöglicht den Banken sowohl die Spielregeln festzusetzen als auch das Spiel zu spielen. Das ist ein Fairnessproblem. Aufgrund einer an sich wertvollen liberalen Grundhaltung haben wir den Banken das gleiche Recht wie jedem Gewerbetreibenden. Das war ein Irrtum, denn der Finanzmarkt ist kein Geschäft wie jedes andere. Wir müssen den Finanzmarkt als Infrastruktur begreifen. Unsere Geldwirtschaft ist abhängig vom Geld wie sie von der Energieversorgung und den Strassen abhängig ist. Es müssen Leistungen erbracht werden, damit die Wirtschaft funktionieren kann. Das ist eine staatliche Verantwortung. Das heisst nicht, dass der Staat der einzige Leistungserbringer im Finanzmarkt sein soll. Aber der Staat bestimmt die Währung, er bestimmt wie viel Währung im Umlauf ist und auf einer grundsätzlichen Ebene auch, was mit dieser Währung gemacht werden darf.

Wenn für die Schuldenkrise die Staaten verantwortlich gemacht werden, ist es schwierig die Bevölkerung davon zu Überzeugen, dem Staat mehr Kompetenzen zu geben. Wir müssen Zusammenhänge aufzeigen: Die Subprimekrise wurde zur Vertrauenskrise zwischen den Banken. Diese wurde zu einer Schuldenkrise, die auf die Staaten abgewälzt wurde. Die Schuldenkrise droht nun zur sozialen Krise zu werden. Vor diesem Hintergrund muss man die Notwendigkeit für ursächliche Lösungen aufzeigen. Als eine solche Lösung können wir die Reform des Geldsystems präsentieren.

Im heutigen Verfassungsartikel werden institutionelle Fragen und politische Ziele durcheinandergeworfen. Diese können in drei Ebenen organisiert werden. Zuerst steht als weites politisches Ziel eine Vorstellung davon, wie Geld- und Finanzmärkte funktionieren sollen. Darunter steht als enges politisches Ziel, welches Geldsystem die gewünschte Funktionsweise am besten unterstützt. Zuerst steht die institutionelle Frage, welchen Handlungsspielraum die Nationalbank im Rahmen dieses Geldsystems haben soll.

Verfasst für den Verein Monetäre Modernisierung (MoMo)

28.08.2011 Martin Jung